

## Erklärung der Simulation Europäisches Parlament an die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten zur Zukunft der Europäischen Union

Die Abgeordneten der Simulation Europäisches Parlament,

- unter Hinweis auf die Erklärung von Laeken vom 15. Dezember 2001 über die Zukunft der Union,
  - unter Hinweis auf den am 13. Dezember 2007 unterzeichneten Vertrag von Lissabon,
  - eingedenk der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 12. Dezember 2008 und 30. Oktober 2009,
  - unter Hinweis auf ihre Entschließung vom 20. Februar 2008 zum Vertrag von Lissabon,
  - gestützt auf Artikel 22 der Geschäftsordnung,
  - auf der Grundlage des Berichts des federführenden Ausschusses für konstitutionelle Fragen vom 23.11.09,
  - in Kenntnis der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten vom 23.11.09,
- A. in der Erwägung, dass mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 ein achtjähriger Reformprozess zum lang ersehnten Abschluss gebracht wird;
- B. in der Erwägung, dass der Vertrag von Lissabon insgesamt eine wesentliche Verbesserung gegenüber den bisherigen Verträgen bedeutet und die erweiterte EU transparenter, handlungsfähiger und bürgernäher macht;
1. begrüßen, dass mit dem Vertrag von Lissabon die Grundlage für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen geschaffen wurde und sich die Union nunmehr wieder verstärkt politischen Inhalten widmen kann;
  2. bedauern jedoch, dass nationale Interessen zu einer erheblichen Verzögerung und inhaltlichen Zugeständnissen geführt haben;

### Europa mitgestalten

3. kündigen an, dass wir die Vorschläge des Europäischen Rates zur Benennung der Kommissare nach fachlicher Qualifikation genauestens prüfen und ungeeignete Kandidaten ablehnen werden. Dabei werden wir besonderes Augenmerk auf die Chancengleichheit legen;
4. begrüßen die neuen Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente im europäischen Gesetzgebungsprozess und fordern die Abgeordneten der nationalen Parlamente auf, ihre neuen Befugnisse aktiv wahrzunehmen;
5. sehen die Einführung einer Bürgerinitiative als weiteres Instrument für eine verbesserte Legitimität der EU und rufen alle Unionsbürger auf, regen Gebrauch davon zu machen, um Europa selbst mitzugestalten. An einer entsprechenden Bürgerinitiative müssen Bürger aus mindestens 20 Prozent der Mitgliedsstaaten beteiligt sein. Wir fordern darüber hinaus, das Recht für einen Vertreter einer erfolgreichen Bürgerinitiative vor dem Europäischen Parlament vorzusprechen;



### Europa fortentwickeln

6. bedauern, dass auch künftig jeder Mitgliedstaat einen Kommissar stellen wird, und fordern den Europäischen Rat auf, seinen Beschluss über die Kommissionsgröße zum Jahr 2014 aufzuheben;
7. begrüßen, dass die Charta der Grundrechte der Union rechtsverbindlich wird, appellieren jedoch an die Regierungen Polens, der Tschechischen Republik und des Vereinigten Königreichs, auf ihre Ausnahmeregelungen so bald wie möglich zu verzichten;
8. fordern zum Aufbau des europäischen Bewusstseins, dass die europäischen Symbole, eine unabhängige und transparente EU-Informationspolitik sowie die Einrichtung eines Jugendparlaments Eingang in die Verträge finden;
9. fordern eine Vereinfachung des Verfahrens zur Vertragsänderung, wonach diese die Zustimmung von 2/3 der Mitgliedstaaten sowie die der Unionsbürger in einem europaweiten Referendum erfordert;
10. fordern, dass dem Europäischen Parlament neben der Kommission das Initiativrecht eingeräumt wird;
11. fordern die Kommission auf, sich mit der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens bei Ende 2011 zu befassen;
12. fordern, dass die EU unter besonderem Augenmerk auf soziale und solidarische Werte eine starke Wirtschaftspolitik zum Fortbestehen des Wohlstandes betreibt;

### Europa erweitern

13. sind der Überzeugung, dass der Vertrag von Lissabon die institutionellen Schlüsselvoraussetzungen schafft, um die Wirksamkeit der Entscheidungsfindung in einer erweiterten EU zu gewährleisten;
14. sind der Auffassung, dass damit die Grundlage für den Beitritt von neuen Mitgliedstaaten geschaffen wurde;
15. weisen darauf hin, dass sie angesichts der Erfahrungen mit den Beitritten im Jahre 2007 künftigen Beitritten nur zustimmen werden, wenn die Beitrittskriterien vollständig erfüllt sind;
16. fordern die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, um Frieden und Wohlstand auch außerhalb der Grenzen der EU zu gewährleisten;
17. beauftragen ihren Präsidenten, diese Erklärung der Kommission, dem Rat und den Mitgliedstaaten zu übermitteln.